

NIEDERSCHRIFT

20. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.03.2012
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:10 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Alfred Sonders - Bürgermeister
Herr Stv. Franz-Josef Altdorf - SPD-Fraktion
Herr Stv. Bruno Borrmann - SPD-Fraktion
Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion
Herr Stv. Matthias Feilen - SPD-Fraktion
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion
Frau Stv. Brigitte Hinkelmann - SPD-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Norbert Leschnik - SPD-Fraktion
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Frau Stv. Anna Nießen-Stellmach - SPD-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion
Herr Stv. Marc Schlösser - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Roland Andreas Krichel - CDU-Fraktion
Herr Stv. Dieter Lothmann - CDU-Fraktion
Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion
Herr Stv. Frank Breuer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Guido Gebauer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion
Herr Stv. Norbert Koerlings - ABU-Fraktion
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Beatrix Schongen - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Wirtz - GRÜNE-Fraktion

Herr Stv. Stefan Rohmann - FDP-Fraktion
Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion
Herr Stv. Josef Nevelz - FWA-Fraktion
Herr Stv. Wolfgang Lüsgens - REP-Fraktion
Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied
Herr Stv. Metin Sak - Fraktionsloses Ratsmitglied

Abwesend waren:

Frau Stv. Christina Hermanns - CDU-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2012/0061
2. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2012/0062
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2012/0063
4. "Politisch motivierte Kriminalität in der Städteregion";
Bericht des Polizeipräsidenten Herrn Klaus Oelze
Vorlage: 2012/0084
5. Appell für ein sofortiges Verbot der Kameradschaft Aachener Land;
hier: Antrag des Herzogenrather Bündnisses gegen Rechtsradikalismus
Vorlage: 2012/0086
6. "Und Alsdorf? Die extreme Rechte in der Region Aachen - eine zivilgesellschaftliche
Perspektive";
Vortrag von Herrn Dominik Clemens, Arbeit und Leben DGB/VHS NW e. V.
Vorlage: 2012/0085
7. Aktionsprogramm 2012 "Alsdorf - Hand in Hand statt fremd und feindlich"
Vorlage: 2012/0098
8. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2012/0064

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2012/0061

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/-innen, die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg, Dez. III, Herrn Dezernenten Spaltner, Dez. II, Herrn Kämmerer Hafers, FB 5 – Finanzen, Frau Beylich, städtisches Rechnungsprüfungsamt, Herrn Jordans, FG 1.1 – Büro des Rates, Frau Rietz, FG 1.1 – Büro des Rates, Herrn Haag, FG 1.1 (Auszubildender) – Büro des Rates, Frau Borodasz, Herrn Beger und Herrn Kals (Referendare, Stabsstelle 1 – Recht) sowie Frau Holz, FG 1.1 (Schriftführerin) – Büro des Rates).

Als Gäste sind anwesend:

zu Punkt 4: „Politisch motivierte Kriminalität in der Städtereion“
Herr Klaus Oelze, Polizeipräsident

zu Punkt 6: „Und Alsdorf? Die extreme Rechte in der Region Aachen – eine zivilgesellschaftliche Perspektive“
Herr Dominik Clemens, Arbeit und Leben DGB/VHS NW e.V.

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung des Rates der Stadt allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt fest.

Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders folgendes zur Informationen:

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 08.12.2011 zu TOP 16 – Fraktionsantrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf; hier: Aktivitäten rechtsradikaler und neonazistischer Gruppen in Alsdorf und Umgebung den folgenden Beschluss gefasst:

- a) Der Rat der Stadt beschließt, diese Angelegenheit eingehend und umfassend im zuständigen Fachausschuss zu erörtern und beauftragt den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, zu einer Sitzung einzuladen, die sich ausschließlich mit dieser Thematik beschäftigt.
- b) Diese Sitzung soll spätestens im März 2012 stattfinden.
- c) Die Verwaltung der Stadt Alsdorf wird gebeten, gemeinsam mit dem zuständigen Polizeikommissariat und anderen Fachleuten, die Ausschussmitglieder sowie die Bürgerinnen und Bürger, über die

Aktivitäten rechtsradikaler und nazistischer Gruppen in Alsdorf und Umgebung zu informieren.

In diesem Zusammenhang beschließt der Rat der Stadt einstimmig (bei 1 Enthaltung), seinen Beschluss vom 08.12.2011 zu TOP 16 – Fraktionsantrag der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf; hier: Aktivitäten rechtsradikaler und neonazistischer Gruppen in Alsdorf und Umgebung **aufzuheben** und die Angelegenheit **wieder an sich zu ziehen**.

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

Punkt 7: Aktionsprogramm 2012 „Alsdorf – Hand in Hand statt fremd und feindlich“.

Im Anschluss hieran stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird einstimmig angenommen.

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, kündigt zwei Anfragen für den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung an.

zu 2 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2012/0062

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

zu 3 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2012/0063

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in den letzten Sitzungen des Rates der Stadt gefassten Beschlüsse zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

Protokoll:

Zum Thema *Situation zur „Rechten Szene“ in der Städteregion Aachen* trägt Herr Polizeipräsident Oelze wie folgt vor:

Rechtsextremismus

Zum Begriff „Rechtsextremismus“ existiere bis heute keine allgemein anerkannte Definition. Die drei Kernelemente des rechtsextremen Denkens und Handelns seien Streben nach einer einheitlichen Volksgemeinschaft, Ablehnung demokratischer Werte sowie die Bereitschaft zur Gewalt.

In diesem Zusammenhang nimmt Herr Oelze Bezug auf den letzten Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen und zitiert, *dass Rechtsextremisten die freiheitliche und demokratische Grundordnung ablehnen. Sie würden die ethnische Zugehörigkeit als bestimmendes Merkmal der Nation und als Grundlage der Politik betonen. Rechtsextremisten seien von der Vorstellung geprägt, dass die Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse entscheidende Bedeutung für das Individuum besitzt, der alle anderen Interessen und Werte – auch Menschen- und Bürgerrechte – untergeordnet seien. Vor diesem Hintergrund gebe es für Rechtsextremisten kein friedliches, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in einem Staat.*

Die Formen des Rechtsextremismus:

- Parlamentsorientierter Rechtsextremismus

Ein klassischer Fall sei die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Im aktuellen und auch vorherigen Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen werde auch die Bewegung „pro Köln“ und „pro NRW“ erwähnt.

- Aktionsorientierter Rechtsextremismus

Dazu zähle zum Beispiel die Kameradschaft Aachener Land sowie ähnliche Kameradschaften im Lande. Seit dem Jahre 2005 würden auch die sogenannten „Autonomen Nationalisten“ zu dieser Form gehören.

- Diskursorientierter Rechtsextremismus

Dies sei der sogenannte „Intellektuelle Rechtsextremismus“.

Nunmehr nimmt Herr Oelze Bezug auf die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), welche derzeit ca. 6.600 Mitglieder zähle, davon seien etwa 700 Personen aus Nordrhein-Westfalen. Die NPD möchte das bestehende System „überwinden“, d. h. beseitigen und durch etwas neues ersetzen. Eine solche Vorgehensweise werde üblicherweise auch als „Revolution“ bezeichnet. Die NPD sei

fremdenfeindlich und rassistisch. Ein entscheidender Beurteilungspunkt sei, dass sich die NPD als Teil einer gemeinsamen Bewegung ansehe.

Schwieriger sei die Beurteilung der Bewegung „pro Köln“ bzw. „pro NRW“. Diese würden vom Verfassungsschutz beobachtet, weil bei diesen Gruppierungen tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorlägen.

Als nächstes spricht Herr Oelze das Thema „Neonazis“ an. Diese Gruppen seien unterteilt in „Kameradschaften“ sowie „Autonome Nationalisten“. Zu den „Neonazis“ zählen auch die „Rechtsextremistischen Skinheads“.

Herr Oelze führt die in Nordrhein-Westfalen bekannten Kameradschaften auf:

- Kameradschaft Aachener Land,
- Kameradschaft Walther Spangenberg,
- Kameradschaft Wuppertal
- Kameradschaft Dortmund/Hamm.

Die meisten Sorgen, so Herr Oelze, würden derzeit die sogenannten „Autonomen Nationalisten“ bereiten. Seit etwa 2005 existiere diese Gruppenform, zu welcher ein relativ junges Personenspektrum zähle und von denen eine äußerst hohe Gewaltbereitschaft ausgehe.

Schwerpunkte der Autonomen Nationalisten in NRW seien die Städte Dortmund, Wuppertal und Aachen. Dortmund sei ein ganz erheblicher Faktor für die polizeiliche Arbeit. Aber auch in Aachen werde eine aus den Kameradschaften herauswachsende nationale Autonome festgestellt. Die Kameradschaft Aachener Land habe ein hohes Maß an Fluktuation und Mobilität.

Im Anschluss hieran nimmt Herr Oelze Bezug auf das Personenpotential der rechtsextremistischen Szenen sowie die Kriminalitätsslage und führt sehr detailliert dazu aus.

Hinweis der Verwaltung:

Die Präsentationsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Im Verlaufe der sich anschließenden sehr ausführlichen Diskussion geben die Herren Stadtverordneten Loosz, SPD-Fraktion, Brühl, FWA-Fraktion, Breuer, ABU-Fraktion, Brandt, CDU-Fraktion, Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, Rohmann, FDP-Fraktion, Plum, SPD-Fraktion, Knippschild, fraktionsloses Ratsmitglied, Weber, REP-Fraktion, Sak, fraktionsloses Ratsmitglied und Feilen, SPD-Fraktion, ihre persönliche Stellungnahme bzw. die Sichtweise der jeweiligen Fraktion zum Themenpunkt ab.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt die Ausführungen des Polizeipräsidenten Herrn Klaus Oelze zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

**zu 5 Appell für ein sofortiges Verbot der Kameradschaft Aachener Land;
hier: Antrag des Herzogenrather Bündnisses gegen Rechtsradikalismus
Vorlage: 2012/0086**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf schließt sich dem Appell des Herzogenrather Bündnisses gegen Rechtsextremismus vom 28.11.2011 an und fordert ein sofortiges Verbot der rechtsradikalen Kameradschaft Aachen Land.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 6 "Und Alsdorf? Die extreme Rechte in der Region Aachen - eine
zivilgesellschaftliche Perspektive";
Vortrag von Herrn Dominik Clemens, Arbeit und Leben DGB/VHS NW e. V.
Vorlage: 2012/0085**

Protokoll:

Herr Clemens, Arbeit und Leben DGB/VHS NW e.V., berichtet über die verschiedenen rechtsextremistischen Aktivitäten in der Städteregion Aachen. Die verschiedenen Formen des Rechtsextremismus habe Herr Polizeipräsident Oelze bereits detailliert beschrieben. Nunmehr gibt er einige Bemerkungen zu einzelnen Parteien ab. So sei die NPD 1964 gegründet worden und gehöre zu den ältesten rechtsextremistischen Parteien. Die DVU dagegen sei aus seiner Sicht nicht mehr wirklich relevant. Zwischenzeitlich habe die DVU mit der NPD einen Fusionsvertrag geschlossen. Gleichzeitig verstehe sich die NPD auch als Wahlpartei. Seit 2004 sei die NPD im Landtag in Sachsen vertreten und seit 2006 auch in Mecklenburg-Vorpommern. Bezug nehmend auf diese Wahlerfolge zähle die NPD zur real stärksten Kraft im rechtsextremistischen Lager. Des Weiteren habe die NPD versucht, Bündnisse einzugehen. Dazu zählen neonazistische Kameradschaften, aber auch Wahlabsprachen mit der DVU. Die Bürgerbewegung „pro NRW“ habe ihre Wurzeln in Köln und sich überwiegend das Thema „Islamkritik“ zu Eigen gemacht. Nunmehr nimmt Herr Clemens Bezug auf die sogenannte „Wiking-Jugend“. Von 1967 bis zum Verbot im Jahre 1991 habe diese neonazistische Kinder- und Jugendorganisation ihren Sitz in Stolberg gehabt. Im Anschluss hieran kommt Herr Clemens auf die Stadt Alsdorf zurück. Auch hier habe es in der Vergangenheit einige Versuche gegeben, neonazistische Gruppen zu etablieren. Relativ neu sei die Gruppe „Kameradschaft Alsdorf-Eupen“, deren Webseite noch leer ist. Allerdings sollen in Eupen schon Personen mit entsprechenden T-Shirts gesehen worden sein. Dann habe es einen Versuch gegeben, die „Kameradschaft Alsdorf“ zu gründen. Diese sei jedoch seit Ende 2009 nicht mehr aktiv. Außerdem habe in Alsdorf eine Gruppe „Freikorps Alsdorf“ existiert, welche sich seinerzeit auf ihrer Webseite positiv auf die Republikaner berufen habe. Er fasst zusammen, dass die v. g. Gruppen relativ kurzlebig und instabil gewesen seien. Darüber hinaus führt er die sich in Alsdorf ereigneten Straftaten der Jahre 2005 bis 2010 auf.

Hinweis der Verwaltung:

Die Präsentationsunterlagen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Im Anschluss hieran geben die Herren Stadtverordneten Plum, SPD-Fraktion, Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, Rohmann, FDP-Fraktion, Weber, REP-Fraktion, Knippschild, fraktionsloses Ratsmitglied und Wirtz, GRÜNE-Fraktion, ihre persönliche Stellungnahme bzw. die Sichtweise der jeweiligen Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt ab.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Ausführungen des Herrn Dominik Clemens zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 7 **Aktionsprogramm 2012 "Alsdorf - Hand in Hand statt fremd und feindlich"**
Vorlage: 2012/0098

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt das von der Verwaltung vorgesehene Aktionsprogramm 2012 „Alsdorf – Hand in Hand statt fremd und feindlich“ (Anlage der Originalniederschrift) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

Protokoll:

Mitteilung des Herrn Dezernenten Spaltner zur schriftlichen Anfrage der GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt vom 18.02.2012;

- a) **Auftragsvergabe VOF-Verfahren KuBiZ,**
- b) **Begleitende und abschließende Überprüfung der Mittelverwendung und Vergabeverfahren der Gesamtmaßnahme „Soziale Stadt Alsdorf“ (hier: Wohnumfeldverbesserung, ABBBA, KuBiZ) durch das städtische Rechnungsprüfungsamt**

Herr Spaltner trägt die ihm in schriftlicher Form vorliegenden Fragen der GRÜNE-Fraktion vor und beantwortet diese wie folgt:

Zu a)

1. *Wie hoch ist der Auftrag für die Anentwicklung an NRW.Urban?*

Das Land, vertreten durch NRW.Urban, habe die Kosten zur Anentwicklung zur Umsetzung für das Kultur- und Bildungszentrum übernommen. Ein Auftrag durch die GSG Grund- und Stadtentwicklung sei nicht erfolgt. Über die Höhe der Kosten sei nichts bekannt.

2. *Wer finanziert diesen im Endeffekt?*

Die Finanzierung werde vom Land NRW übernommen.

3. *Für Projektmanagement (Projektsteuerung) sind in der Kosten- und Finanzierungsübersicht bzw. im Kassenwirksamkeitsplan für das KuBiZ Mittel in Höhe von 522.000 Euro ausgewiesen. Da dieser Betrag die Schwelle von 193.000 Euro zzgl. MwSt (bzw. 80.000 Euro bei losweiser Vergabe) für eine europaweite Ausschreibung bei Weitem übersteigt, stellt sich die Frage, ob dieser Auftrag an NRW.Urban hätte europaweit ausgeschrieben werden müssen?*

Ein europaweites Ausschreibungsverfahren sei erforderlich und werde von der GSG Grund- und Stadtentwicklung betrieben. Die Veröffentlichung sei am 26.01.2012 im EU-Amtsblatt erfolgt. Die Vergabe finde durch die Gesellschafterversammlung im Mai statt.

4. *Wurde dies geprüft und mit welchem Ergebnis?*

Siehe Ausführungen zu 3.

Zu b)

1. *Inwieweit findet dieses Controlling durch das Rechnungsprüfungsamt statt?*

Ein begleitendes Controlling durch das Rechnungsprüfungsamt finde nicht statt. Gesonderte Prüfaufträge müssten hierzu durch den Gesellschafter erteilt werden, was derzeit nicht vorgesehen sei. Das Controlling erfolge durch die Gesellschaft.

2. *Begleitet das Rechnungsprüfungsamt auch die Vergabeverfahren bei der Mittelverwendung der GSG Grund- und Stadtentwicklung bzgl. KuBiZ / Soziale Stadt prüfend?*

Die durch die Gesellschaft zu erstellenden Mittelverwendungsnachweise prüfe das Rechnungsprüfungsamt gemäß den Bestimmungen des Vergaberechts und der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Alsdorf.

3. *Inwieweit besteht für die Verwaltung ein Auftrag und eine Notwendigkeit der nachrangigen Kontrolle und Prüfung der Gesamtmaßnahme „Soziale Stadt Alsdorf“ inkl. KuBiZ durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Alsdorf?*

Die Stadt Alsdorf sei Förderempfänger der Zuwendungen aus dem Förderprogramm „Soziale Stadt“, wonach das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Alsdorf die Mittelverwendung nachrangig überprüfe. Weiterhin sei die Anforderung auf Prüfung in den Anlagen der allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen des ersten Zuwendungsbescheides zur Projektförderung KuBiZ vom 01.12.2011 niedergelegt. Hiernach sei bis spätestens 6 Monate nach der Erfüllung des Zweckes oder spätestens 6 Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes ein Verwendungsnachweis aufzustellen.

Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion, zum Thema „Verbot der Ganzkörperverschleierung (Burka) für alle öffentlichen Bediensteten“

Herr Stv. Weber möchte geklärt wissen, was der Bürgermeister im Rahmen seiner Personalkompetenz unternehmen werde, wenn eine Mitarbeiterin ihren Dienst mit dem Kleidungsstück Burka verrichten möchte.

Dazu äußert Herr Bürgermeister Sonders, dass eine Entscheidung dann getroffen werde, wenn ein solcher Fall vorkäme.

Anfrage des Herrn Stv. Weber zum Neujahrsempfang der Stadt Alsdorf am 20.01.2012

Herr Stv. Weber nimmt Bezug auf den Neujahrsempfang der Stadt Alsdorf. Während dieser Veranstaltung habe Herr Bürgermeister Sonders in der Stadthalle unter anderem folgendes geäußert: „... die da draußen stehen und sich diffamiert fühlen, denen zeigen wir die rote Karte.“ Diesbezüglich bittet er Herrn Bürgermeister Sonders um Stellungnahme.

Herr Stv. Weber merkt an, dass während der v. g. Veranstaltung vor der Stadthalle eine Mahnwache stattgefunden habe, an welcher er teilgenommen habe.

Herr Bürgermeister Sonders nimmt die Darstellung des Herrn Stv. Weber zur Kenntnis und erwidert, dass er seinen Ausführungen anlässlich des Neujahrsempfanges nichts hinzuzufügen habe.

Mitteilung des Herrn Bürgermeister Sonders zum Abschlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Alsdorf

Herr Bürgermeister Sonders gibt zur Kenntnis, dass dem Rat der Stadt in Kürze der Abschlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Alsdorf vorgelegt werde, welcher auch die Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse der Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II beinhalte.

gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Holz
Schriftführerin